

Haushaltsrede Freie Wähler 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und Herren,

wer das Ziel nicht kennt, wird nie den richtigen Weg finden.

Wir alle hatten ein Jahr Zeit, unsere finanzwirtschaftlichen Probleme zu analysieren. Teilweise sind wir unsere Probleme auch angegangen. Dies aber wie immer, auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Ja, es ist richtig, nicht alle unsere Probleme sind hausgemacht. Wir haben eine enorme Umlagenlast zu schultern und wir haben von Bund und Land Aufgaben aufgebürdet bekommen, ohne dass uns von denjenigen, die uns diese Aufgaben überbürdet haben, die hierfür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

Für diesen Teil der finanziellen Probleme ist es richtig, entsprechend dem Verursacherprinzip auf große und umfassende Lösungen zu drängen, zumal auch andere Kommunen hier in vergleichbarer Weise betroffen sind.

Der uns von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplan-Entwurf sieht für das Jahr 2011 eine zusätzliche Netto-Neuverschuldung in Höhe von 5,1 Mio. Euro vor, sodass der Schuldenstand zum Jahresende sich auf ca. 70 Mio. Euro zuzüglich der Kassenkredite, derzeit ca. 8 Mio. Euro, beläuft.

Um einen exakten Überblick über den Schuldenstand der Stadt zu haben, halten wir es für sinnvoll, dass wenigstens im zuständigen Ausschuss vierteljährlich über den Stand der Kassenkredite berichtet wird.

Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung beträgt der Schuldenstand für das Jahr 2014 ca. 93 Mio. Euro.

Bereits aus dieser Zahl wird ersichtlich, dass es eine Daueraufgabe bleiben wird, unsere Strukturen zu hinterfragen und die notwendigen, teilweise unangenehmen Konsequenzen, zu ziehen.

Im Prinzip ist auch hier die Ankündigung der Verwaltung, Schwerpunkte zu setzen, richtig.

Dies bedeutet aber, entgegen der bei uns gepflegten Praxis, dass die Schwerpunktthemen bestimmt und hervorgehoben - auch unter finanziellen Aufwendungen - gepflegt werden.

Im Gegenschluss bedeutet dies aber auch - und jetzt kommt der unangenehme Teil - dass die nicht zu Schwerpunkten erklärten Themen zurück gefahren und auch in Ihrer finanziellen und personellen Ausstattung gekürzt werden.

Weiter gilt zu bedenken, dass - unabhängig von der Glaubwürdigkeit - es keinen Sinn macht zu viele Schwerpunkte bevorzugt zu behandeln. Wir werden unsere finanziellen Probleme nur in den Griff bekommen, wenn wir Schwerpunkte setzen und damit zugleich Aufgaben- und Ausgabenkritik betreiben und über einen längeren Planungszeitraum, beispielsweise bis 2020 uns konkrete Ziele setzen und hier auch die finanzielle Machbarkeit nicht aus den Augen verlieren.

Die Fragestellung muss lauten : "Was wollen wir bis 2020 erreichen?" unter Berücksichtigung der Vorgaben des Haushaltserlasses des Regierungspräsidiums Stuttgart anlässlich der Genehmigung unseres Haushaltsplanes 2010.

Darüber hinaus sind die derzeit günstigen Zinsen für unsere Kredite zu sichern und ein Szenario zur Rückführung der Verbindlichkeiten aufzuzeigen. Langfristig wird es uns nur dann gelingen, Gestaltungsmöglichkeiten zurückzuerlangen, wenn wesentliche Teile unseres Handelns nicht mehr vom Verwalten von Schulden bestimmt sind.

In diesem Sinne möchte ich exemplarisch auf einige aus Sicht der Freien Wähler wesentlichen Aspekte hinweisen:

Wir halten am Ziel des Ausbaus der Kinderbetreuung für die unter 3-jährigen fest. Aufgrund der finanziellen Situation halten wir es jedoch für nicht realistisch, die gesetzlichen Vorgaben bis 2013 erfüllen zu können. Die notwendigen Investitionen sind zeitlich zu strecken.

Für den Elli-Heuss-Knapp Kindergarten ist kein Neubau erforderlich. Deswegen können die bereits insoweit eingestellten Mittel gestrichen werden.

Wir beantragen ferner im Hinblick auf die Kindergärten in Warmbronn anstelle eines zentralen Neubaus die Sanierung im Bestand.

Die Errichtung eines zusätzlichen Kindergartens im Zuge des geplanten Baugebietes Ezach 3 halten wir für überflüssig, da aufgrund der Altersstruktur in den Wohngebieten Ezach 1 und 2 die vorhandenen beiden Kindergärten ausreichend sind und überdies die künftige Nutzung des ökumenischen Zentrums Ezach in die Überlegung einzubeziehen ist.

Ferner halten wir es aus Kostengesichtspunkten für prüfenswert, ob nicht für die gesamten städtischen Kindergärten eine zentrale Verwaltung anstelle der dezentralen Verwaltungsstruktur eingeführt wird. Des weiteren halten wir in diesem Zusammenhang die Einführung einkommensabhängiger Kindergartenbeiträge - ähnlich dem Modell der freiwillig Versicherten bei gesetzlichen Krankenkassen - als angemessen.

In anderen Bereichen verkennen wir nicht, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat bereits erhebliche Einsparungen erzielt, bzw. teilweise auch erhebliche Gebührenerhöhungen umgesetzt hat.

Die Durchsicht des Haushaltsplanes zeigt jedoch, dass sowohl in den Bereichen Jugendmusikschule, Volkshochschule, Bürgerzentrum/ Treff am Park, ein großer Anteil der Kosten durch Raumkosten bestimmt sind.

Um hier weitere Einsparpotenziale zu erarbeiten, denken wir an die Aufstellung eines gemeinsamen Raum-Nutzungs-Konzeptes mit dem Ziel, die Zahl der insgesamt erforderlichen

Räume, die vorgehalten und unterhalten werden müssen, zu verringern. Eine konsequente Umsetzung würde den Abmangel der entsprechenden Einrichtungen minimieren. Beispielsweise können wir uns vorstellen, dass im Bereich des derzeitigen Bürgerzentrums, wo bereits früher ein Kindergarten untergebracht war, im Zuge des Ausbaus des Angebots der Kinderbetreuung wieder ein Kindergarten eingerichtet wird und an anderer Stelle auf einen Neubau verzichtet werden kann. Bislang im Bürgerzentrum stattfindende Veranstaltungen könnten beispielsweise dann in einem weniger frequentierten Raum im Stadtmuseum untergebracht werden. Dies hätte den Nebeneffekt, dass wir hierdurch auch eine Belebung unseres Marktplatzes erzielen könnten.

Wir halten es im Zuge des Belegungskonzeptes für realistisch die Räume der Jugendmusikschule in der Lindenberger Straße entbehrlich zu machen.

Mittelfristig versprechen wir uns in weiten Teilen der Verwaltung bei Personalstellen Einsparungen. Zu diesem Zwecke halten wir es für sinnvoll, dass ein Wirtschaftsprüfungsinstitut die Verwaltung einschließlich der Bereiche Bauhof, Gebäudemanagement, und Kinderbetreuung, im Hinblick auf die personellen Ressourcen und sachlichen Mittel überprüft.

Wir wissen hier jedoch, dass der Erfolg einer solchen Maßnahme davon abhängig ist, dass insbesondere die Verwaltungsspitze hinter einer externen Ausgabenkritik steht und mitwirkungsbereit ist.

Wir begrüßen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung.

Dadurch wird insbesondere dem Umstand Rechnung getragen, dass auch für städtische Parkierungsflächen Abwassergebühren von der Stadt zu übernehmen sind. Es wäre großen Teilen der Bürgerschaft nicht vermittelbar, dass diese die vergleichbaren Kosten für ihre privat geschaffenen Parkplätze tragen müssen, während die Stadt für diejenigen, welche keine privaten Parkplätze vorhalten, die entsprechenden Kosten trägt.

Gemäß den Vorgaben des Regierungspräsidiums sind wir auch gehalten, unsere Einnahmepotenziale auszuschöpfen bzw. Einnahmemöglichkeiten auf eine breitere Basis zu stellen.

Hier muss alles auf den Prüfstand: Dies gilt für Gebühren, freiwillige Leistungen, Investitionen und Folgekosten, Personalentwicklung, Interkommunale Zusammenarbeit.

Auch im Bereich von Investitionen sehen wir kurzfristige Einsparpotenziale durch das Verschieben nicht unbedingt notwendiger Ausgaben. Hierzu rechnen wir die Einsparung des im Haushalt eingestellten Betrages in Höhe von EUR 180.000 für die Umgestaltung der Ditzinger Straße in Höfingen.

Wohl gemerkt, es geht uns nicht darum, das Ziel Tempo 30 in den Teilorten aus den Augen zu verlieren. Bei der derzeitigen Haushaltslage können wir es uns jedoch nicht leisten, eine intakte Straße umzugestalten, während an anderen Ecken unserer Stadt der öffentliche Verkehrsraum aufgrund seines Zustandes zu einer Gefahr wird.

Flächenentwicklung:

Kurzfristig ist aus unserer Sicht in Höfingen das im Flächen- Nutzungsplan bereits enthaltene Erweiterungspotenzial des Gebietes Pfad in Angriff zu nehmen.

In vorhandenen Gewerbegebieten ist im Bereich der Bauleitplanung auf die Bedürfnisse des Marktes einzugehen anstatt der Umsetzung planerischer Idealvorstellungen, die an der Realität vorbeigehen.

Letzteres ist gerade auch im Bereich des Gewerbegebietes Hertich verbesserungsbedürftig.

Dort halten wir die von der Verwaltung vorgeschlagene Umgestaltung der Hertichstraße als nicht sachdienlich. Die entsprechenden Mittel müssen im Haushaltsplan gestrichen werden.

Die Gewerbeflächenanalyse hat ergeben, dass , um unsere Firmen zu halten, bereits eine zusätzliche Fläche in der Größenordnung von 10 Hektar erforderlich ist.

Wir verkennen nicht, dass sämtliche näher untersuchten Gebiete problembehaftet sind. Für unseren Vorschlag am Westanschluss sprechen nach wie vor die Lagegunst und die Erschließungs-möglichkeit. Wichtige Faktoren für ein künftiges Gewerbegebiet sind jedoch auch die erzielbaren Grundstückspreise, die nicht losgelöst vom Umland betrachtet werden können.

Tatsache ist, dass wir derzeit bei bestehender Nachfrage als Stadt kein größeres Grundstück anbieten können, weswegen hier dringend Handlungsbedarf gegeben ist und der Appell an das Gremium ergeht, an einer gemeinsamen Lösung mitzuarbeiten.

Es kann nicht sein, dass einige auf der einen Seite immer nur genau wissen, für welche Zwecke sie Geld ausgeben möchten, sich aber im Gegenzug so gut wie keine Gedanken über die künftigen Einnahmen machen und so ein Gewerbegebiet blockieren.

Für den Bereich des ehemaligen Bausparkassengeländes ist nach unserer Meinung das in die Wege geleitete Bebauungsplanverfahren fortzusetzen.

Das Wohngebiet Ezach 3 ist nun zügig umzusetzen.

Um für die nächsten Jahre Ersatzdeckungsmittel bereitstellen zu können, schlagen wir vor, im südöstlichen Bereich des Stadtparkes, entlang der Berliner Straße, ein Gebiet zu Wohnzwecken in der Größenordnung von 1,5 Hektar vorzubereiten.

Ferner sollten die Baugebiete Hinter Erlen und Krähwinkel umgesetzt werden.

Die Erschließung eines Baugebietes führt zu einer Einnahme-steigerung aus dem Umlegungsvorteil, aus dem Anfall künftiger Grund- bzw. Gewerbesteuer, zur Erhöhung/ Stützung von Zuweisungen an die Stadt aufgrund der Beteiligung an der Einkommenssteuer und darüber hinaus zur Schaffung von Wohnraum für junge Familien.

Wir haben kein Verständnis dafür, dass die Verwaltung Erschließungsbeiträge nicht zeitnah abrechnet.

Andere Kommunen machen von ihrem gesetzlichen Recht gebrauch, über regelmäßige Abschlagszahlungen bis zur Fertigstellung und vor Endabrechnung 75 % der anfallenden umlegungsfähigen Kosten vorab einzuziehen.

Obwohl von uns in der Vergangenheit dies bereits mehrfach angemahnt wurde, ist die Verwaltung dem nicht nachgekommen. Stattdessen finanzieren wir diese Beträge zusätzlich über eine höhere Verschuldung.

Im Bereich der Vergabe der städtischen Bauaufträge ist ein striktes Kostencontrolling von der Planung über die Ausschreibung bis zur Fertigstellung des Bauvorhaben durchzuführen.

Wir halten hier die Ansiedlung der Aufgabe im Bereich der Kämmerei als angemessen. Wichtig ist hier im Rahmen der Abrechnung auch gerade der Vergleich der auf die Ausschreibung erfolgten Angebote und etwaiger hinzugekommener Nachträge im Hinblick auf die entgeltigen Baukosten, um einerseits die Planungsleistungen im Rahmen der Ausschreibung und andererseits die Seriosität von Angeboten überprüfen zu können.

Bäder

Um im Gesamtkontext einen Überblick über die in den nächsten Jahren tatsächlich notwendigen Investitionen und im Rahmen der Priorisierung eine geeignete Entscheidungsgrundlage zu erhalten, ist umgehend ein Bäderkonzept zu erarbeiten.

Kurzfristig beantragen wir aus Gründen der Kostenersparnis die Einsparung der Mittel für die GMF. Wir befürworten ferner eine Erhöhung der Eintrittgebühren für Erwachsene im Falle des Einzeleintrittes um 1 Euro und die Umsetzung der Kostenersparnis durch die Einbindung der DLRG, wie sie im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatung angeboten wurde.

Wald:

Kurzfristiges Ziel muss es sein, hier wenigstens eine schwarze Null zu erreichen. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht halten wir es für sinnvoll, den Forstbetrieb in einen Eigenbetrieb umzugestalten. Eine Möglichkeit zur Gewinnsteigerung in diesem Bereich sehen wir auch darin, den Vorschlag eines Bürgers umzusetzen und Teile der Waldfläche, welche für Auffüllungen geeignet sind, abzuholzen, mit Erdaushub aufzufüllen und nach erfolgter Auffüllung wieder aufzuforsten.

Im Ergebnis könnten wir auf diese Art und Weise Einnahmen in der Größenordnung erzielen, wie sie für den beabsichtigten Waldverkauf eingestellt waren, könnten jedoch für uns und unsere Bürger die Vermögenssubstanz für die Zukunft erhalten.

Nachdem nunmehr im Forstbetrieb die Sturmschäden der Orkane des letzten Jahrzehnts aufgearbeitet sind, wäre daran zu denken, das Forstpersonal intern zur Pflege von Außenanlagen beispielsweise in Kindergärten einzusetzen anstatt hier Fremdvergaben zu machen.

Weitere Konsolidierungsvorschläge:

Im Bereich der Straßenunterhaltung generell beschränken wir uns in Anbetracht der nunmehr witterungsbedingten Straßenschäden auf die Forderung, den im Haushaltsplan eingestellten Ansatz um 10%, also ca. 85.000 Euro, zu reduzieren.

Im Bereich der alten Autobahn Trasse hat die Verwaltung letztes Jahr im Wege der Eilentscheidung den Wegebau begonnen.

Im laufenden Haushaltsplan sind hier nunmehr weitere Mittel eingestellt. Hier halten wir es nicht für sinnvoll, weitere Flächen zu asphaltieren. Durch das geplante Zerschneiden der Landschaft mittels asphaltierten Wegen besteht auch die Gefahr, dass die seitherige kostengünstige Grünpflege durch die Landwirte so nicht mehr fortgeführt werden kann, sondern stattdessen rein landschaftspflegerische Maßnahmen mit erhöhtem Kostenaufwand durchgeführt werden müssen.

Wir wären ferner bereit, die Erhöhung der Gebühren für baurechtliche Verfahren um ca. 10 % mitzutragen.

Auch im Bürgeramt halten wir eine maßvolle Verringerung der Öffnungszeiten mit dem Ziel, Personalkosten einzusparen, für vertretbar.

Darüber hinaus gilt es auch in anderen Bereichen den Abmangel zu minimieren, so beispielsweise im Friedhofsbereich. Dies ist durch Kostenminimierung einerseits und Gebührenanpassung andererseits zu erreichen.

Für den Bereich der Unterhaltung der Tiefbauten beantragen wir eine globale Minderausgabe von 15 % des von der Verwaltung vorgeschlagenen Haushaltsansatzes.

Kritisch sehen wir die Subventionierung von Doppelstrukturen wie z. B. den Waldmeisterlauf in Warmbronn, sowie des Citylaufes in Leonberg.

Für den Spielplatz in der Steinstraße halten wir den Ansatz von 80.000 Euro für eine Neuanlage als nicht angemessen.

Generell sollten bei künftig anstehenden Straßensanierungen keine aufwändigen Umgestaltungen erfolgen, sondern Sanierungen entsprechend dem bestehenden Ausbaustand.

Zu der seitens der Verwaltung geplanten Beschaffung einer zusätzlichen Rotlichtüberwachungsanlage ist anzumerken, dass im Rahmen der letztjährigen Haushaltsplanberatungen angeregt wurde, zu überprüfen, ob die im Bereich der Friedhofstraße/ Ezach-Straße befindliche Rotlichtüberwachungsanlage nicht an einem anderen Standort sinnvoller eingesetzt werden kann. Im Bereich der Friedhofstraße ist ein erheblicher Rückgang des Fahrzeugverkehrs zu verzeichnen, weswegen diese Anlage für andere Bereiche zur Verfügung steht.

Es stellt sich hier die Frage, weswegen dieser Vorschlag nicht zuerst umgesetzt wird.

Sie sehen, Aufgaben gibt es für uns genug.

Wichtig ist jedoch, wie eingangs erwähnt, dass wir uns zuerst über das Ziel klar werden und dieses dann auch entsprechend angehen. Das Eine ist, die Probleme zu erkennen, das Andere, auch danach zu handeln. Es wäre jedoch töricht, sich darauf zu verlassen, dass sich sämtliche Rahmenbedingungen zu unseren Gunsten ändern. Wir sollten die Zeit des derzeitigen Aufschwunges nutzen, um auch für die Zukunft gewappnet zu sein, Begleiten und unterstützen Sie uns bei der Verwirklichung des Zieles, die Stadt zukunftsfähig zu machen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Axel Röckle